

Pressedienst des Deutschen Orient-Instituts 22/2018



Mittel werden nicht ausreichen

Syrischen Flüchtlinge in Jordanien, dem Libanon, der Türkei, dem Irak und Ägypten droht eine eklatante Versorgungslücke. Von den benötigten USD 5,6 Mrd, seien bislang nur rund 20 Prozent bereit gestellt worden, warnten die UN. Einer Rückkehr nach Syrien stehen zudem weiterhin enorme Hürden im Weg. [Reuters Foreign Affairs](#)

Proteste in Jordanien

Tausende Menschen gingen in Jordanien auf die Straße um gegen geplante Steuererhöhungen, angeleitet durch den IWF, zu demonstrieren. Diese würden die Mittelschicht unproportional belasten. Gleichzeitig prangerten sie Verschwendung öffentlicher Gelder an.

[Reuters](#)



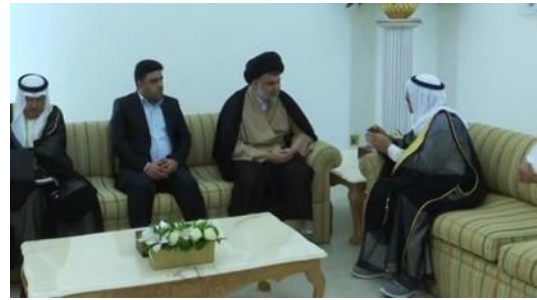
Jemen: humanitäre Lage droht sich zu verschlimmern

Der Hafen in Al-Hudaida ist für die Versorgung des Jemen essentiell, wird allerdings durch die von Saudi-Arabien geführte Koalition blockiert. Die nun wohl bevorstehende Rückeroberung Al-Hudaidas durch eben jene Koalition könnte die humanitäre Lage weiter verschlechtern.

[The Independent](#)

Al-Sadr zu Besuch in Kuwait

Nachdem seine Liste kürzlich in der irakischen Parlamentswahl die meisten Stimmen bekam, reiste Muqtada al-Sadr nach Kuwait um die Wichtigkeit guter Beziehungen zwischen beiden Ländern zu unterstreichen. Al-Sadr bekleidet kein offizielles Amt, was sich jedoch bald ändern könnte. [Al Arabiya](#)



Deutsches Orient-Institut

Kronenstraße 1

10117 Berlin

☎ 030 / 206410-21

📠 030 / 206410-29

doi@deutsches-orient-institut.de

<http://deutsche-orient-stiftung.de/>

[Unsubscribe](#)